

Antrag der Fraktion der CDU

Kita-Chaos schnell beseitigen – Bremen familienfreundlicher gestalten!

Zu Beginn des Kindergartenjahres 2016/2017 fehlen in der Stadtgemeinde Bremen 1 136 Kinderbetreuungsplätze. Auch bei der Versorgung von Schulkindern mit Hort- und Ganztagschulplätzen bestehen Probleme. Eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist dadurch für viele Eltern nicht mehr möglich. Sie müssen ihre Berufstätigkeit aufgeben, oder auf die Kulanz ihrer Arbeitgeber hoffen. Besonders betroffen sind davon Frauen, und insbesondere Alleinerziehende, die dringend auf eine verlässliche Kindertagesbetreuung angewiesen sind. Auch Kinder mit erheblichem Sprachförderbedarf oder mit anderen sozialen oder kognitiven Defiziten, deren Eltern den Rechtsanspruch aktuell nicht wahrnehmen, bleiben in der Stadtgemeinde Bremen aktuell auf der Strecke. Eine nachhaltige frühkindliche Bildungsphase im Sinne von Armutsprävention findet somit momentan nicht statt. Bestehende Problemlagen werden sich – besonders vor dem Hintergrund der aktuellen Situation, die keine schnelle Lösung finden wird – bis in das Schulsystem und auf den Arbeitsmarkt fortsetzen. Leidtragende der systemischen Probleme sind einmal mehr Kinder und ihre Eltern.

Durch den Wechsel des Bereichs Kindertagesbetreuung vom Sozial- in das Bildungsressort ist es bei der Planung und Umsetzung neuer Platzkapazitäten im Bereich Kindertagesbetreuung zu einem zweijährigen Stillstand gekommen. Im Ü3-Bereich (über drei Jahre) wurde innerhalb eines Jahres nur eine einzige Kita-Gruppe neu geschaffen. Die aktuell steigenden Geburtenzahlen wurden bei der mittelfristigen Planung bis 2020 ebenso wenig berücksichtigt, wie der Zuzug von Flüchtlingen und ihren Kindern. Dies ist besonders erschreckend, weil eine von der zuständigen Senatorin beauftragte Studie des Deutschen Jugendinstituts bereits im Mai 2014 einen Platzmangel von rd. 1 000 Plätzen für das Kindergartenjahr 2016/2017 prophezeit hatte. Auch im Doppelhaushalt 2016/2017 wurden mit 25,6 Mio. € viel zu wenig Mittel für den weiteren Ausbau bereitgestellt. Investoren, die in Bremen Kita-Plätze schaffen wollten und dabei über Baugrundstücke und Immobilien verfügten, wurden aus politischen Gründen nicht berücksichtigt. Bundesmittel, die schon längst hätten abgerufen werden können, wurden erst im August 2016 beantragt. Zum Kita-Jahr 2017/2018 werden sich die Probleme potenzieren, da zu den unversorgten Kindern dieses Jahres Kinder neu in das Krippen- bzw. Kita-Alter hineinwachsen. Insgesamt offenbart das aktuelle Kita-Chaos auf erschreckende Art und Weise das Scheitern der rot-grünen Bildungspolitik im frühkindlichen Bereich, und insbesondere auch des Versuchs einer wirkungsvollen und langfristigen Prävention von Armut in den Quartieren.

Vor diesem Hintergrund und aufgrund der Befürchtung, dass Eltern Rechtsansprüche gegenüber der Stadtgemeinde Bremen gerichtlich geltend machen werden, hat der Senat bereits angekündigt eine „Task force“ zum Kita-Ausbau zu gründen und Übergangsmodelle für die frühkindliche Betreuung zu schaffen. Dabei ist aktuell eine Qualitätsverschlechterung der Betreuung vorgesehen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. umgehend in Zusammenarbeit mit den freien Trägern Maßnahmen einzuleiten, um die Rechtsansprüche der Eltern, und insbesondere von Alleinerziehenden, auf eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung umzusetzen, die Vereinbarkeit von

Familie und Beruf zu gewährleisten und dafür zu sorgen, dass auch Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen und mit erheblichem Sprachförderbedarf in ausreichendem Maß an frühkindlichen Bildungsmaßnahmen teilnehmen können. Qualitätsverschlechterungen durch Vergrößerung der Gruppen in den Kindertagesstätten sind dabei auszuschließen.

2. bis zum 31. Oktober 2016 in Zusammenarbeit mit den freien Trägern ein Ausbaukonzept bis 2020 vorzulegen, welches die aktuellen Geburtensteigerungen, den Zuzug von Flüchtlingen und die Entwicklungen in den Stadtteilen berücksichtigt. Das Ausbaukonzept soll mit einem konkreten Zeit- und Maßnahmenplan zur Umsetzung und einem Finanzierungsplan unterlegt sein.
3. beim zukünftigen Ausbau auch Angebote von Investoren, die in Zusammenarbeit mit einem bereits aktiven Kita-Träger Einrichtungen bauen bzw. umbauen wollen, zuzulassen und bereits bestehende Angebote – insbesondere die, die sich kurzfristig umsetzen lassen – schnellstmöglich auf den Weg zu bringen.
4. beim zukünftigen Ausbau zur Verfügung stehende Bundesmittel fristgemäß und vollständig zu beantragen und abzurufen und halbjährlich der zuständigen städtischen Deputation für Kinder und Bildung über den Abruf zu berichten.
5. die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen nach dem Vorbild anderer Bundesländer von Zuwendungen auf Entgelte (Kita-Gutscheine) umzustellen. Lange Planungsprozesse und komplizierte (bautechnische) Zuwendungsprüfungen können damit entfallen und der Ausbau erfolgt bedarfsorientiert.
6. der zuständigen städtischen Deputation für Kinder und Bildung monatlich über den aktuellen Stand der Ausbauprojekte zu berichten und den weiteren Planungs- und Ausbauprozess in einem transparenten Verfahren vorausschauend mit der städtischen Deputation abzustimmen.

Sandra Ahrens, Dr. Thomas vom Bruch,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU